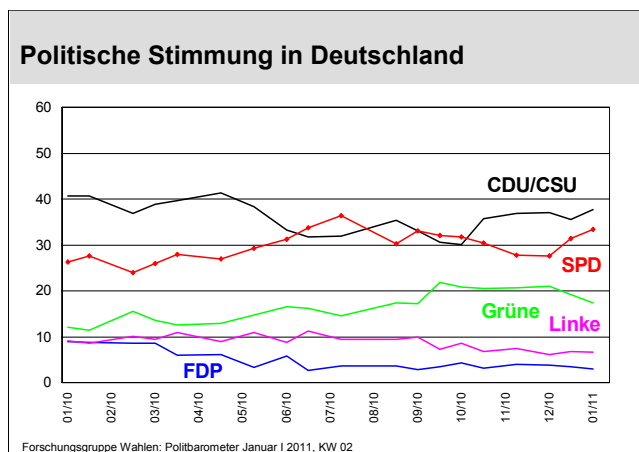


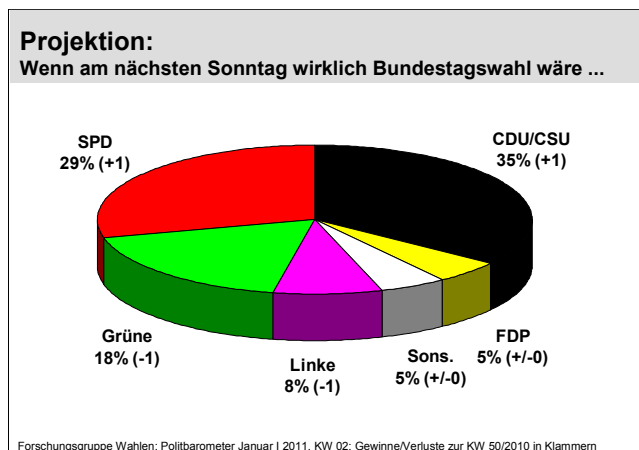
## Repräsentative Umfrage – KW 02

Vom 11.01. bis 13.01.2011 hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF 1.245 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch befragt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

In der politischen Stimmung starten die beiden großen Parteien mit einem Plus ins Superwahljahr. Bei den Grünen schwächt sich die – insgesamt immer noch hohe – Zustimmung erneut spürbar ab, die Linke ist stabil und für die FDP beginnt 2011 mit unverändert wenig Zuspruch. Anfang Januar erzielt die CDU/CSU mit 38% (+2) ihren besten Wert seit Mai 2010 und die SPD mit 33% (+2) ihren besten Stimmungswert seit Anfang September. Die Grünen verlieren zum zweiten Mal in Folge und erreichen noch 17% (-2), die Linke kommt auf 7% (+/-0) und die FDP nur auf 3% (+/-0), die sonstigen Parteien liegen bei 2% (-2).



Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und auch taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in der augenblicklichen Stimmung zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.



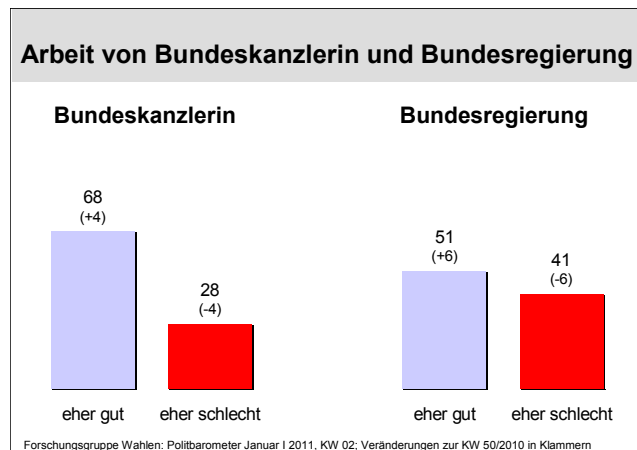
Bei einer Bundestagswahl an diesem Sonntag käme die Union auf 35% (+1) und die SPD auf 29% (+1), beide zum Vormonat damit leicht verbessert. Grüne und Linke haben gegenüber der letzten Projektion im Dezember Einbußen und würden 18% (-1) bzw. 8% (-1) erreichen, die FDP läge weiter bei 5% (+/-0) und die sonstigen Parteien in der Summe bei ebenfalls unveränderten 5% (+/-0).

## Regierung und Opposition

**Zufriedenheit mit Regierung und Opposition:**  
(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	Nov	Dez-I	Dez-II	Jan-I
Regierung gesamt	-0,8	-0,4	-0,5	-0,3
CDU/CSU in Reg.	-0,2	-0,1	-0,1	0,2
FDP in Regierung	-1,5	-1,5	-1,4	-1,4
SPD-Opposition	0,3	0,0	0,3	0,4
Linke-Opposition	-1,7	-1,8	-1,6	-2,0
Grüne-Opposition	0,4	0,3	0,2	0,4

Für Schwarz-Gelb fällt die erste Leistungsbeurteilung des Jahres negativ aus. Auf der +5/-5-Skala wird die derzeitige Arbeit des Bundeskabinetts aber etwas weniger kritisch bewertet als Ende letzten Jahres. Im Detail kann sich die Union mit 0,3 sichtbar steigern, die FDP stagniert im Negativbereich.



Bei der Gesamtbilanz der Bundesregierung überwiegt zu Jahresbeginn knapp die Zufriedenheit – zum ersten Mal seit Januar 2010. Anders die Kanzlerin: Ihre Leistungskurve zeigt bereits seit gut drei Monaten nach oben, nachdem die Kritik an Angela Merkels Arbeit nach Beginn von Schwarz-Gelb zunächst signifikant gestiegen, aber zu jedem Messzeitpunkt mehrheitlich positiv sowie immer deutlich besser als die ihrer Regierungsmannschaft ausgefallen war.

## Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte +5/-5-Skala)	alle Befragten				eigene Anhänger			
	Nov	Dez-I	Dez-II	Jan-I	Nov	Dez-I	Dez-II	Jan-I
Karl-Theodor zu Guttenberg	2,5	2,4	2,2	2,5	3,6	3,6	3,5	3,7
Frank-Walter Steinmeier	1,4	1,0	1,2	1,3	2,3	2,1	2,2	2,1
Angela Merkel	1,0	1,0	1,0	1,3	3,0	3,2	3,2	3,3
Ursula von der Leyen	1,2	0,9	0,9	1,0	2,5	2,4	2,2	2,4
Wolfgang Schäuble	0,4	0,5	0,6	0,6	1,9	2,0	2,1	2,2
Sigmar Gabriel	0,5	0,3	0,3	0,5	1,5	2,0	1,8	1,8
Renate Künast	0,5	0,3	0,2	0,4	2,3	2,1	2,1	2,1
Horst Seehofer	0,2	-0,1	0,1	0,3	1,3	1,1	1,1	1,4
Gregor Gysi	-0,7	-0,9	-0,7	-0,8	2,7	2,8	2,3	2,8
Guido Westerwelle	-1,3	-1,4	-1,5	-1,5	2,1	1,0	1,8	2,3

Beim Image beginnt 2011 für die meisten Spitzenpolitiker positiv. Die Positionen im Politbarometer-Ranking bleiben im neuen Jahr zunächst unverändert, ebenso die personelle Besetzung: Bei der Frage, wen die Wahlberechtigten überhaupt zu den zehn wichtigsten politischen Akteuren des Landes rechnen, gibt es unter den Top 10 keine neuen Namen. Bei den Durchschnittswerten auf der +5/-5-Skala können sich analog zur politischen Stimmung fast alle Vertreter der beiden großen Parteien leicht bis sichtbar verbessern. Ausgenommen von der freundlichen Gesamtentwicklung bleiben nur der Finanzminister sowie die Vertreter von FDP und Linken, gleichzeitig weiter die Schlusslichter im Ranking: Letzter Platz für Guido Westerwelle (-1,5), Vorletzter ist Gregor Gysi (-0,8), davor Horst Seehofer (0,3), Renate Künast (0,4) und Sigmar Gabriel (0,5). Fünfter ist Wolfgang Schäuble (0,6), Vierte Ursula von der Leyen (1,0), Dritte Angela Merkel (1,3), Zweiter Frank-Walter Steinmeier (1,3) und mit großem Abstand Erster Karl-Theodor zu Guttenberg (2,5).

## Die wichtigsten Themen im Januar

Das größte Problem ist im neuen Jahr das alte geblieben – allerdings mit erheblich gesunkener Relevanz: Heute erreicht die Arbeitslosigkeit 34% aller Nennungen, wenn nach den beiden wichtigsten Problemen gefragt wird. Vor einem Jahr, Anfang Januar 2010, waren es noch 50%. Auf Platz zwei der aktuellen Problemliste steht Politik(er)verdruss bzw. der Ärger über Politik und ihre Akteure, dann Kosten, Preise und Löhne sowie der aktuelle Dioxinskandal.

### Die wichtigsten Themen im Januar:

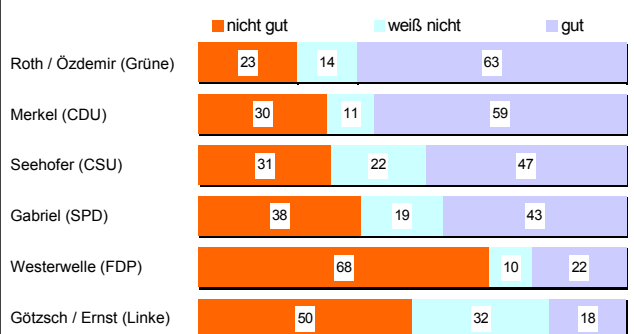
(max. zwei Nennungen)

	Dez-II	Jan-I
Arbeitslosigkeit	32 %	34 %
Politik(er)verdruss/Affären	12 %	12 %
Kosten/Preise/Löhne	9 %	11 %
Dioxin-Skandal/Lebensmittel	---	10 %
Gesundheitswesen/Pflege	8 %	10 %
Soziales Gefälle	8 %	9 %
Sozialleistungen/Hartz IV	6 %	8 %
Ausländer/Integration	12 %	8 %
Bildung/Schule	10 %	8 %
Finanz-/Eurokrise	15 %	8 %

## Parteivorsitzende: Führungsqualitäten

Was die Führungsqualitäten der Parteispitzen betrifft, bekommen die Vorsitzenden von Grünen und CDU die besten Noten. 63% aller Befragten sowie 86% der Grünen-Anhänger meinen, die Grünen werden von Claudia Roth und Cem Özdemir gut geführt. Bei Angela Merkel und der CDU sind es 59% (CDU/CSU-Anhänger: 81%), bei Horst Seehofer und der CSU 47% (CDU/CSU-Anhänger: 56%), 43% (SPD-Anhänger: 61%) bei Sigmar Gabriel und der SPD, nur 22% (FDP-Anhänger: 60%) bei Guido Westerwelle und der FDP und 18% (Linke-Anhänger: 62%) bei Gesine Löttsch und Klaus Ernst bei der Linken.

### Parteiführung durch die Parteivorsitzenden



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar I 2011, KW 02

## SPD: Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Eine wie von der SPD geforderte Erhöhung des Spitzensteuersatz auf Einkommen ab 100.000 Euro von 42 auf 49 Prozent fänden 62% aller Deutschen richtig und 33% nicht richtig, 5% antworten nicht.

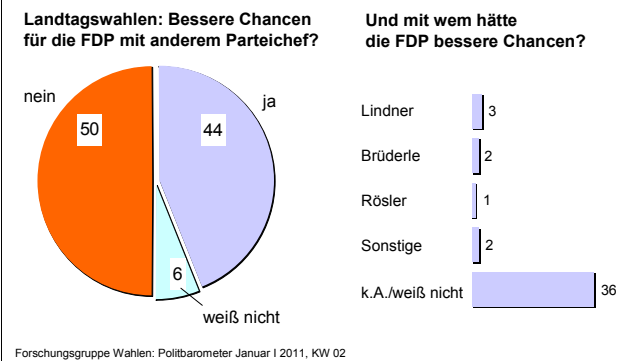
### SPD-Forderung: Spitzensteuersatz für Einkommen ab 100.000 Euro auf 49 Prozent anheben

	richtig	nicht richtig	w.n.
alle	62 %	33 %	5 %
CDU/CSU-Anh.	46 %	50 %	4 %
SPD-Anh.	75 %	20 %	5 %
FDP-Anh.	23 %	65 %	12 %
Linke-Anh.	82 %	14 %	4 %
Grüne-Anh.	74 %	25 %	1 %

## FDP: Wahlchancen mit Westerwelle

Der Nutzen Guido Westerwelles für die FDP bei den kommenden Landtagswahlen wird ambivalent eingeschätzt: 44% der Befragten (FDP-Anhänger: 41%) glauben, die FDP hätte mit einem anderen Parteichef bessere Aussichten, 50% (FDP-Anhänger: 58%) glauben das nicht. Allerdings können die meisten, die der FDP mit einem anderen Vorsitzenden bessere Chancen prognostizieren, keine Alternative benennen.

### FDP: Wahlchancen mit Guido Westerwelle



## Linke: Kommunismus-Debatte

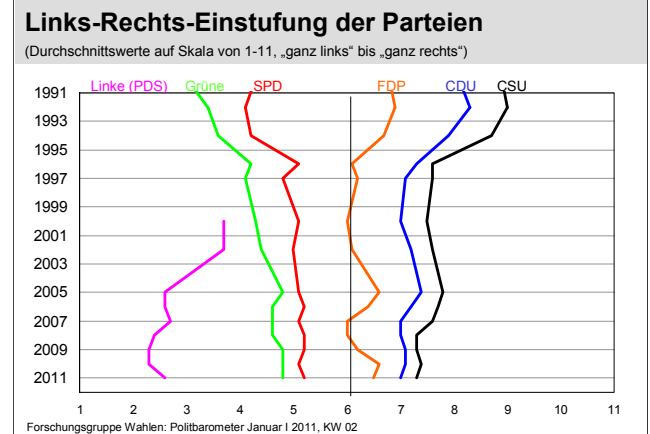
Dass die Partei die Linke mehrheitlich den Kommunismus anstrebt, vermuten 37% aller Befragten, 53% aller Deutschen sowie 87% der Linken-Anhänger glauben dies nicht. Eine Mehrheit, die Kommunismus als intendiertes Politikziel der Linken definiert, gibt es mit 54% ausschließlich in der Unionsanhängerschaft.

### Strebt die Linke den Kommunismus an?

	ja	nein	w.n.
alle	37 %	53 %	10 %
Ost	21 %	69 %	10 %
West	41 %	49 %	10 %

## Links-Rechts-Einstufung der Parteien

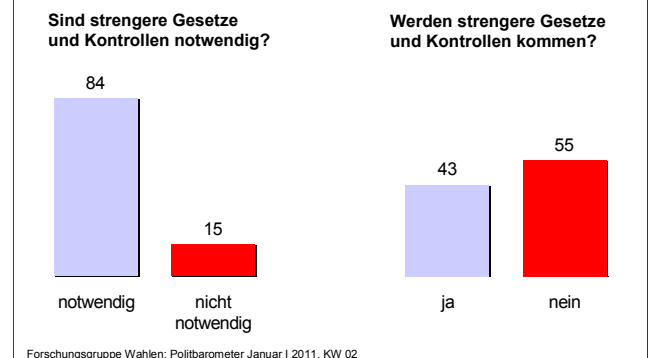
Der langfristige Basistrend rückläufiger Polarisierung im Parteiensystem setzt sich weiter fort – trotz Re-Etablierung der traditionellen Lager im Bundestag. Bei der Links-Rechts-Einstufung der politischen Kräfte durch die Wahlberechtigten bewegen sich fast alle Parteien seit der Deutschen Einheit zur Mitte. Vor einem Jahr, kurz nach Ende der großen Koalition, wurde die bundesdeutsche Parteienlandschaft vorübergehend etwas stärker konturiert wahrgenommen.



## Dioxinskandal und Lebensmittelqualität

Nach Futtermittelskandal und erhöhten Dioxinwerten in der Lebensmittelkette haben 52% der Bürger gesundheitlich keine Bedenken, 46% halten ihre eigene Gesundheit für gefährdet – ähnlich viele wie während des Gammelfleischskandals Ende 2005.

### Qualität von Lebensmitteln: Strengere Gesetze und Kontrollen?



Was in puncto Lebensmittelqualität strengere Gesetze und Kontrollen betrifft, fallen Wunsch und Erwartung weit auseinander: Zwar fordern 84% der Deutschen eine Verschärfung, gleichzeitig bezweifelt aber mit 55% eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – und im Detail deutlich mehr Oppositions- als Regierungsanhänger –, dass strengere Gesetze und Kontrollen tatsächlich kommen werden. 79% der Bundesbürger wären nach eigenen Angaben bereit, für Lebensmittel mit höherer Qualität auch einen höheren Preis zu bezahlen, 19% – insgesamt etwas mehr jüngere als ältere Bürger – wären dazu nicht bereit.

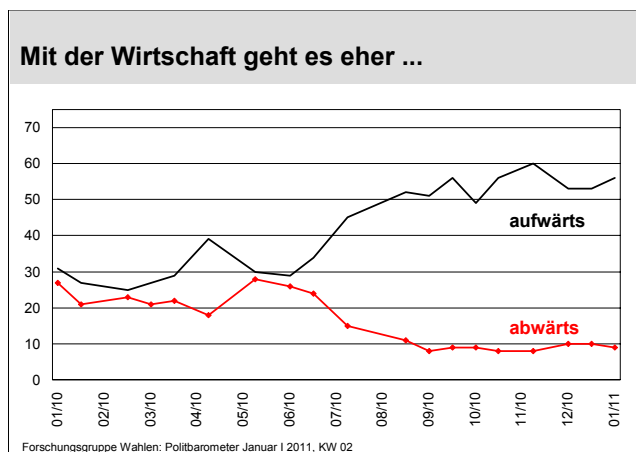
## Allgemeine wirtschaftliche Lage

Am Status quo der deutschen Wirtschaft hat sich mit dem Jahreswechsel praktisch nichts geändert: Ganz ähnlich wie Ende Dezember sprechen jetzt 35% der Befragten von einer guten und 14% von einer schlechten ökonomischen Verfassung der Republik, eine relative Mehrheit von 50% sagt „teils-teils“.

Eigene wirtschaftliche Lage:				
	Nov	Dez-I	Dez-II	Jan-I
gut	36 %	34 %	33 %	35 %
teils/teils	51 %	51 %	54 %	50 %
schlecht	12 %	14 %	12 %	14 %

## Wirtschaftliche Entwicklung

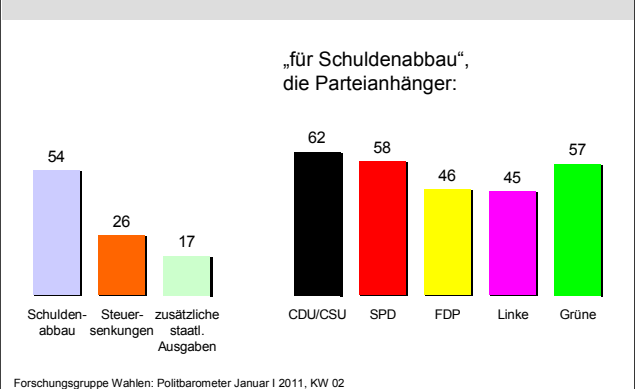
Konstanz auch beim Konjunkturoptimismus: 56% prophezeien für die nächste Zeit Wachstum, 33% erwarten zu Quartalsbeginn keine großen Veränderungen und für nur 9% geht die deutsche Wirtschaft demnächst wieder auf Talfahrt.



## Konjunktur und Steuermehreinnahmen

74% der Bundesbürger glauben, dass der Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr anhalten wird, nur 23% zweifeln daran. In diesem Kontext hat für die Bürger vor dem Hintergrund konjunkturbedingter Zusatzeinnahmen der Schuldenabbau Priorität. Ähnlich wie in der Vergangenheit meinen jetzt 54% der Deutschen sowie Mehrheiten in allen politischen Lagern, dass mit den Mehreinnahmen des Staates hauptsächlich Schulden getilgt werden sollen. 26% fordern zuerst Steuersenkungen und 17% fänden zusätzliche staatliche Ausgaben jetzt am wichtigsten.

## Verwendung von Steuermehreinnahmen:



## Steuersenkungen

In der Bundesregierung gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die richtige Steuerpolitik und den Zeitpunkt für Steuersenkungen. Dass Entlastungen für die Bürger noch in diesem Jahr kommen werden, glauben gerade 6% der Deutschen, insgesamt 93% bezweifeln dagegen, dass die Bürger 2011 steuerlich entlastet werden und einer von hundert Befragten wagt hierzu keine Prognose.

## Eigene wirtschaftliche Lage

Während nur die wenigsten Bürger in diesem Jahr Steuersenkungen erwarten, rechnen mit anteilig 60% die meisten bei den eigenen Finanzen alles in allem mit Kontinuität. 18% glauben, dass es ihnen heute in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird, 20% sagen „schlechter“. Dabei hat 2011 für das Gros der Bundesbürger gut angefangen: 55% beschreiben Anfang Januar ihre eigene Wirtschaftslage mit „gut“, 35% mit „teils-teils“ und 10% mit „schlecht“.

Eigene wirtschaftliche Lage:				
	Nov	Dez-I	Dez-II	Jan-I
gut	51 %	51 %	47 %	55 %
teils/teils	39 %	38 %	42 %	35 %
schlecht	10 %	11 %	11 %	10 %

## Münchens Olympia-Bewerbung

Für Münchens Olympiabewerbung gibt es republikweit viel Zustimmung: 75% aller Deutschen fänden es gut, wenn die bayerische Landeshauptstadt 2018 die Winterspiele ausrichten würde, 16% fänden das nicht gut und 9% haben hierzu keine Meinung.

**Herausgeber:** Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de)

E-Mail: [info@forschungsgruppe.de](mailto:info@forschungsgruppe.de)

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF erhoben. Sendung am 14.01.2011 im „heute-journal“. Nächstes bundesweites Politbarometer am 28.01.2011. Der Fehlerbereich beträgt bei 1.250 Befragten und einem Parteiateil von 40% rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10% rund +/- zwei Prozentpunkte. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von 25 Euro bei Postversand und 15 Euro bei Versand als E-Mail.

Hinweis zu den Tabellen: Nov: KW 45/2010; Dez-I: KW 48/2010; Dez-II: KW 50/2010; Jan-I: KW 02/2011